



An den Grossen Rat

18.5370.03

BVD/P185370

Basel, 25. Januar 2023

Regierungsratsbeschluss vom 24. Januar 2023

Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend «Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 03.02.2021 vom Schreiben 18.5370.02 des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug Raphael Fuhrer stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

„Wie an anderen Orten auf der Welt liegen auch in unserer Agglomeration für viele Leute der Wohn- und Arbeitsort auseinander. Die Konsequenz ist wachsender Pendlerverkehr. In der Pflicht ist hier eine aktive Raum- und Siedlungsentwicklung, die es einerseits mehr Menschen ermöglicht, in der Nähe ihrer Arbeit zu wohnen, und andererseits die Siedlungsentwicklung auf die Achsen des öffentlichen Verkehrs ausrichtet.

Begleitend ist auch die Förderung von Fahrgemeinschaften im Pendlerverkehr sinnvoll (car-pooling). Denn heute sitzen im Pendlerverkehr im Schnitt 1,1 Personen im Auto. Das heisst, dass in neun von zehn Autos nur eine einzige Person sitzt. Eine Erhöhung dieses sogenannten Besetzungsgrades ist sinnvoll. Das bringt eine Entlastung im Strassenverkehr zu volkswirtschaftlich günstigeren Konditionen als der Strassenausbau. Dieser Ansatz ist zudem Teil des Detailkonzeptes EnergieSchweiz, dem Umsetzungskonzept der Schweizer Energiestrategie.

Es hat in der Vergangenheit verschiedene Initiativen in diese Richtung gegeben, zum Beispiel die Promotion von Mitfahr-Börsen. Doch bis jetzt war der Anreiz ganz offensichtlich zu gering, denn der Besetzungsgrad ist in den letzten Jahren gesunken statt gestiegen. Diesen Herbst hat der Kanton Genf zum ersten Mal in Europa den Anreiz für Fahrgemeinschaften mit einer Infrastrukturmassnahme gesetzt: Auf einer begrenzten Länge wird eine Fahrspur während der Stosszeiten ausschliesslich für Autos mit Besetzungsgrad ab zwei Personen umgewidmet. Ähnliche Systeme sind in Nordamerika seit vielen Jahren erfolgreich eingerichtet. Da es sich in Genf um eine Stelle handelt, an dem der Verkehr ohnehin stockt (Grenzübergang), kommt der Versuch kostengünstig mit der bestehenden Infrastruktur aus und trotzdem können Fahrgemeinschaften priorisiert ohne Zeitverlust zufahren. Die Aussicht, auf der Pendlerfahrt Zeit einzusparen, ist ein grosser Anreiz mit Nachbarn, Arbeitskolleginnen usw. Fahrgemeinschaften zu bilden. Dieses Potenzial liegt in unserer Agglomeration brach, doch auch hier gibt es natürlich vorhandene Stellen wie Autobahnabfahrten, Zufahrten zu Kreuzungen, Einfallachsen usw., wo die Anzahl an Spuren ausreicht, um eine zur Priorisierung von Fahrgemeinschaften umzuwidmen. Das Bundesamt für Strassen ist laut einem Zeitungsbericht vom 10. Oktober 2018 bereit, ein Pilotprojekt in der Agglomeration Basel zu prüfen, wenn das Bedürfnis aus der Region komme.

Ein ähnlich lautender Vorstoss wird im Landrat in Baselland eingereicht.

Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen und berichten:

1. Wo im Rahmen eines regional koordinierten Verkehrsmanagements solche Spuren umgewidmet werden können.
2. Wie in Zusammenarbeit mit dem Bund ein solches System in der Agglomeration Basel umgesetzt werden kann.
3. Ob der Pendlerfonds, der den umweltfreundlichen Pendlerverkehr fördern soll, einen Beitrag leisten kann.

Raphael Fuhrer, Barbara Wegmann, Lisa Mathys, Beat Braun, Beat K. Schaller, Jörg Vitelli, Heinrich Ueberwasser, Danielle Kaufmann, Alexander Gröflin, Tim Cuénod, David Wüest-Rudin, Aeneas Wanner“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Der im Anzug erwähnte analoge Vorstoss im Kanton Basel-Landschaft wurde vom Landrat nicht überwiesen. Der Regierungsrat hat deshalb auf die Prüfung kantonsgrenzüberschreitender Projekte verzichtet.

Bei der letzten Beantwortung des Anzugs Fuhrer und Konsorten hat der Regierungsrat innerstädtische Möglichkeiten von Fahrgemeinschaftsspuren geprüft und aufgezeigt, dass die untersuchten Strecken mit zwei Fahrspuren in eine Richtung zu kurz und damit der Fahrzeitgewinn zu klein ist. Zudem würde auf der verbleibenden, uneingeschränkt benutzbaren Fahrspur die Kapazität nicht ausreichen und damit auch eine mögliche Behinderung des öffentlichen Verkehrs mit sich bringen. In seiner Antwort Anfang 2021 hat der Regierungsrat angekündigt, Fahrgemeinschaftsspuren auf dem Cityring auf einer möglichen ÖV/Velo-Spur zu prüfen. Diese Untersuchungen sind laufen, siehe auch Ausführungen in Kapitel 2.

Der Bundesrat hat beschlossen, in der Signalisationsverordnung per 1. Januar 2023 ein neues Signal für Fahrgemeinschaften aufzunehmen. Dies ermöglicht es, Fahrgemeinschaftsspuren zu signalisieren und regulär zu betreiben; bisher war dies nur in Pilotversuchen möglich. Die Zusatztafel kann an Fahrbahnen oder Fahrstreifen und auch an Parkplätzen angebracht werden.

Bei Fahrbahnen oder Fahrstreifen kann sie als Ergänzung zu den Signalen «Allgemeines Fahrverbot in beiden Richtungen», «Verbot für Motorwagen» und «Busfahrbahn» beigefügt werden. Die entsprechend signalisierten Fahrbahnen oder Fahrstreifen dürfen nur mit einem Auto befahren werden, in dem mehrere Personen sitzen. Die Mindestanzahl Personen ist auf dem Zusatzsignal aufgeführt. Es steht den Kantonen frei, diese Mindestanzahl situationsbezogen festzulegen.

Das neue Signal kann auch bei den Signalen «Parkieren gestattet», «Parkieren mit Parkscheibe» und «Parkieren gegen Gebühr» angebracht werden. Auf den entsprechend gekennzeichneten Feldern dürfen nur Autos parkieren, in denen mehrere Personen sassen.

2. Laufende Arbeiten

Zurzeit erarbeiten die zuständigen Fachstellen eine Vorstudie zur Spurführung auf dem Cityring, zwischen dem Heuwaageviadukt und dem Riehenring. Sie prüfen die Einrichtung einer ÖV/Velo-Spur in beide Richtungen und untersuchen weiter, inwiefern diese Spuren für weitere Fahrzeuge geöffnet werden könnten – z.B. für Taxis, Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen oder eben Fahrgemeinschaften. Hierzu wird der Regierungsrat im ersten Halbjahr 2023 auch im Rahmen der Beantwortung des Anzugs Leuthardt und Konsorten betreffend «Suuberi Luft fürs Fälbi-

Quartier JETZT! (Endlich Lebensqualität und weniger belastender Durchgangsverkehr, dafür genug Platz für ÖV, Velo und Zulieferung)» (P21.5231.01) Stellung nehmen und den Bezug zum Anzug Wegmann und Konsorten betreffend «Bessere Velosicherheit von der Johanniterbrücke bis zum Bahnhof SBB» (P20.5071.01) aufzeigen.

Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat im 2020 mit der Teilstrategie Verkehrsfluss auch die Massnahme «Durchführung von Pilotprojekten zu Carpool-Lane» veröffentlicht. Danach verpflichtete sich auch das ASTRA, auf der dreispurigen Nationalstrasse, zwischen Härkingen und Wigertal, sowie an den Rampen von mindestens zwei geeigneten Anschlüssen Pilotprojekte für Fahrgemeinschaftsspuren zu planen. Gestützt auf die daraus gewonnenen Erkenntnisse und internationale Erfahrungen hat das ASTRA ein Konzept mit den Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Einrichtung und den Betrieb von Fahrgemeinschaftsspuren auf Nationalstrassen ausgearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde als mögliches weiteres Pilotprojekt auch der Anschluss Basel-City in Fahrtrichtung Zürich/Bern identifiziert. Danach könnte diese Autobahneinfahrt mit einer Fahrgemeinschaftsspur (Fahrzeuge mit zwei oder mehr Personen) und einer Normalspur (Fahrzeuge mit nur einer Person) ausgerüstet werden. Die Fahrzeuge auf der Fahrgemeinschaftsspur hätten sodann freie Fahrt und diejenigen auf der normalen Spur würden zwecks Verbesserung des Verkehrsflusses auf der Nationalstrasse dosiert werden. Es ist noch unbestimmt, wann der Bund seine Entscheidung zur Umsetzung dieses Pilotprojekts fällt. Bei einem allfälligen Pilot würde Basel-Stadt in die weitere Bearbeitung einbezogen, um negative Auswirkungen auf das Stadtstrassennetz zu verhindern.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend «Förderung von Fahrgemeinschaften in der Agglomeration Basel» erneut stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin